



sozialistisches forum rheinland

SoFoR-INFO FÜR DAS RHEINLAND, NR. 70, MÄRZ 2023

„WIR SIND DAMIT ANGETRETEN, DASS WIR GEMEINSAM EINEN NEUAUFBRUCH WOLLEN!“

SoFoR-INTERVIEW MIT CLAUDIA WALTHER, VORSITZENDE DER KÖLNSPD

SoFoR: Die KölnSPD war in den letzten Jahren durch interne Streitigkeiten geprägt. Wie denkst du diese Streitigkeiten beizulegen oder produktiv zu wenden?

Claudia Walther: Wir sind ja als Doppelspitze der KölnSPD gewählt worden, Florian Schuster und ich. Wir sind damit angetreten, dass wir die Grabenkämpfe hinter uns lassen und gemeinsam einen Neuaufbruch wollen, damit die SPD politisch wirkt, um das Leben der Menschen in Köln besser zu machen. Das ist unser Anspruch. Von daher haben wir alle eingeladen, daran mitzuwirken. Nach der Wahl zur Doppelspitze haben wir uns an alle Gliederungen der KölnSPD gewandt, an den neu gewählten Vorstand, aber auch an die Fraktion, die Abgeordneten, alle Ortsvereine, Stadtverbände, Arbeitsgemeinschaften und Themenforen, und zwar mit dem Angebot, uns bitte einzuladen und mit uns den Dialog zu führen. Dialogtour nennen wir das. Das heißt ausdrücklich nicht, dass man auf Streit verzichtet. Inhaltlicher Streit um die Sache ist etwas Positives. Streit nur um Personalien oder Formalitäten, das ist nicht unser Ding. Wir möchten den inhaltlichen Streit und dann gemeinsam vorgehen.

SoFoR: Euer Anspruch und Wille, dafür auch gewählt zu werden, sind das eine. Das andere ist: Hast du den Eindruck, dass die Partei das auch will, also diese jahrelange Lähmung durch diese eher nicht-

themenbezogenen Streitigkeiten zu überwinden und jetzt tatsächlich produktiv zu arbeiten?

CW: Das ist mein Eindruck. Ich muss dazu sagen, dass die letzten Jahre auch nicht einfach waren für den vorigen Vorstand. Durch Corona war es sehr schwer, eine gute Kommunikation miteinander zu führen. Es gab erst gar keine Treffen, dann natürlich Onlinetreffen per Zoom. Die Möglichkeit, sich einfach mal informell auszutauschen und auch danach noch ein Kölsch trinken zu gehen, gab es nicht. Das trug sicherlich zu einem schlechteren Klima bei. Unser Eindruck war schon vor dem Unterbezirksparteitag bei unseren Vorstellungsrunden in der Partei, dass es eine sehr breite Stimmung für einen neuen Vorstand gibt und die Einstellung: „Wir wollen raus aus diesen Streitereien und Grabenkämpfen!“ Das war ein Appell an uns, und von daher ist es sicher ein Vertrauensvorschuss an uns, dass wir gewählt wurden. Nach dem Unterbezirksparteitag ging es aber so weiter. Wir haben jetzt auch mit den Ortsvereinen, die klar gesagt haben: „Wir haben die anderen beiden Kandidierenden gewählt,

nicht euch“, sehr positive Gespräche gehabt und einen Vertrauensvorschuss erhalten nach dem Motto: „Wir geben euch eine Chance – macht was daraus!“

SoFoR: Die SPD ist Regierungspartei, aber ihre Aufgabe ist auch demokratische Willensbildung. Wie kann der SPD der Spagat zwischen Loyalität zur Regierung und eigenständiger Positionierung gelingen?

CW: Ich glaube, seit die SPD besteht, gibt es immer einen Unterschied zwischen Regierung und Partei. Die Partei ist der Ort, wo

Claudia Walther, zusammen mit Florian Schuster neue Co-Vorsitzende der KölnSPD

Quelle: <https://www.koelnspd.de/personen/claudia-walther/>



Willensbildung stattfinden muss. Die Partei muss auch immer über den Tag hinaus denken, kann weiter denken, freier denken, als eine Regierung das machen kann, egal in welcher Konstellation. Das gilt erst recht für eine Große Koalition, aber jetzt auch beispielsweise für die Ampel. Das gilt aber auch für jede Regierungskonstellation, weil es natürlich tatsächlich Sachzwänge gibt, die bei den Diskussionen in der Partei nicht so berücksichtigt werden – nicht so eine Rolle spielen. Beide Rollen sind also in einem dialektischen Verhältnis zueinander zu sehen. In der Partei muss die demokratische Willensbildung, die Positionierung, stattfinden, müssen die groben Linien programmatisch formuliert werden. Die Regierung und auch die Fraktion müssen versuchen, soviel wie möglich davon umzusetzen, so begrenzt dies auch durch Koalitionen oder Sachzwänge sein mag. Gleichzeitig muss die Partei auch in der Bevölkerung für ihre Positionen werben. Schon im Grundgesetz heißt es: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Um die Akzeptanz in der Bevölkerung für unsere Positionen muss aktiv geworben werden.

SoFoR: Die sozial-ökologische Transformation wird die Gesellschaft umwälzen. Wie sollte die SPD vorgehen, wenn es zu Zielkonflikten bei der sozialen und ökologischen Frage kommt – Stichwort: Emissionssenkung und zugleich Arbeitsplatzsicherung in der Automobil- und chemischen Industrie?

CW: Der sozial-ökologische Umbau ist immens wichtig. Vielleicht ist der Klimawandel sogar die größte, sicher aber eine der größten Herausforderungen. Wir sind gleichzeitig die Partei mit dem Markenkern ‚Soziale Gerechtigkeit‘. Von daher ist es unsere Aufgabe, beides zusammen zu bringen: Wir müssen sagen, ökologischer Umbau darf nicht auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit gehen, sondern man muss beides mitdenken – es zusammen denken. Das heißt beispielsweise in Köln, dass der gute Vorsatz aktuell beim Masterplan „Stadtgrün“, die Stadt grüner zu machen – was ja richtig ist –, nicht auf Kosten von Schulen, von Arbeitsplätzen, von Wohnungsbau gehen darf. Man muss es zusammen denken. Man kann beispielsweise beim Wohnungsbau mehr Grün auf dem Dach berücksichtigen. Man kann beim Wohnungsbau Photovoltaikanlagen auf dem Dach einbauen. Man kann beim Straßenbau Radwege direkt mit einplanen. Man kann bei der Automobilindustrie stärker auf Elektromobilität und Wasserstoff setzen. Man muss versuchen, auf jeden Fall soziale Gerechtigkeit und ökologische Anliegen zusammen zu bringen. Das kann man dabei nur, indem man die jeweils Betroffenen auch beteiligt.

SoFoR: Die von der SPD mit eingeführte Schuldenbremse und der Verzicht auf eine Vermögensteuer erschweren öffentliche Ausgaben beim sozial-ökologischen Umbau und der Gestaltung der Daseinsvorsorge.

Hältst du es für sinnvoll und machbar, die Schuldenbremse abzuschaffen und die Vermögensbesteuerung zu reaktivieren?

CW: Die Mehrheit der Bundespartei – oder der Delegiertenkörper – ist ohnehin für eine Vermögensabgabe oder eine Reichensteuer. Das ist in der Partei eine mehrheitsfähige Position. Die Schuldenbremse hat mit Recht viel Kritik geerntet. Ich selber bin überhaupt keine Freundin der Schuldenbremse, weil sie oft Sparen am falschen Ende bedeutet. Wer auch in Krisenzeiten zukunftsfähige Politik machen will, muss gerade dann viel Geld für echte Investitionen in die Hand nehmen. Besonders hat man das gesehen in der Krise 2008. Es war ein sehr großer Fehler, die Austeritätspolitik so brutal durchzuführen und zum Beispiel Griechenland so kaputt zu sparen. Das hat zu sehr vielen Schäden geführt, zu sehr vielen Abhängigkeiten. Jetzt ärgert man sich über Abhängigkeiten von China, damals hat man die Griechen dazu getrieben, den Hafen von Piräus an China zu verkaufen. Man hat dadurch auch viele Menschen in die Armut getrieben und rechtsextreme Parteien und Gruppen gestärkt. Das sind Schäden, deren Reparatur wesentlich mehr kostet, als wenn man am Anfang mehr Geld für echte Investitionen in die Hand genommen hätte.

SoFoR: Die Agenda 2010 hat die SPD vor Zerreißproben gestellt. Das neue Bürgergeld schränkt zwar das Konzept der Sanktionen ein, schafft es aber nicht ab. Welche Stellung nimmst du zu Sanktionen ein?

CW: Ich finde, das Bürgergeld ist ein sehr großer Fortschritt gegenüber der Hartz-IV-Gesetzgebung. Ich persönlich war keine Freundin von Schröders Agenda-Politik. Es war auch nicht alles falsch, das will ich auch nicht sagen. Die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe

»Ökologischer Umbau darf nicht auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit gehen, sondern man muss beides mitdenken – es zusammen denken.«

an sich war nicht das Problem – das war ein logischer Schritt. Aber das von dir angesprochene Sanktionswesen, das war eher unsozial. Das hat unsoziale Ausmaße angenommen. Das war nicht „Fördern und Fordern“, sondern das war nur noch „Fordern“. Viele Leute wurden für Schicksalsschläge bestraft. Und nicht nur sie selber, sondern auch andere wurden in „Sippenhaft“ genommen. Von daher kann ich es nur begrüßen, wenn jetzt hier gelockert wird. Wir wären ja auch gerne viel weiter gegangen, haben das aber nicht durchsetzen können. Ich hoffe, dass trotzdem weiter in diese Richtung gearbeitet wird. Wir gehen davon aus, dass die meisten Leute wirklich gern arbeiten wollen. Nicht nur des Geldes wegen, sondern weil es ja auch sinnstiftend ist. Und dass sie auch offen sind, selber was dafür zu tun, wenn sie in die Situation kommen, ihre Arbeit zu verlieren. Sie sind bereit, sich weiterzubilden, oder offen für neue Arbeit, wenn sie dazu ermutigt werden. Nicht jeder kann das in so einer Situation. Es gibt ja auch in Folge von Schicksalsschlägen depressive Momente oder andere psychische Erschwerungen. Und gerade in so einer schwierigen Situation darf man nicht auch noch bestraft werden.

SoFoR: Die SPD versteht sich als Partei links der Mitte. Welches Verhältnis zu den anderen Parteien in Köln schwebt dir vor, vor allem zur LINKEN und zu den Grünen, aber auch zu CDU und FDP?

CW: Also, viele der Aktiven in der Linkspartei kenne ich. Wir sind uns in vielen Punkten einig. In anderen streiten wir uns. Das finde ich auch richtig. Bei den anderen Parteien, den Grünen, der FDP, der CDU, gibt es jeweils auch Schnittmengen zu bestimmten Themen. Und auf der anderen Seite hat jede Partei ihr eigenes Profil. Mir schwebt vor, dass wir zu allen Parteien ein gutes Verhältnis

»Ich selber bin überhaupt keine Freundin der Schuldenbremse, weil sie oft Sparen am falschen Ende bedeutet.«

haben – außer zur AfD. Ein gutes Verhältnis, damit meine ich, dass man klar in den Punkten, die einen trennen, sich streitet oder abgrenzt. Aber in anderen Punkten, beispielsweise im Vorgehen gegen Rechts, auch Allianzen schmiedet.

SoFoR: Du bist Mitherausgeberin der links-sozialdemokratischen ‚Zeitschrift für sozialistische Politik und Wissenschaft – spw‘. Die Zeitschrift setzt sich für einen „parteiübergreifenden Diskurs radikalreformerscher Kräfte“ ein. Wie wird sich dieses Selbstverständnis in deiner Arbeit als Kölner SPD-Vorsitzender niederschlagen?

CW: Die spw ist eine sehr wichtige Zeitschrift für weiterführende politische Diskussionen, die auch teilweise wissenschaftlich und grundlegend politische Analysen untermauert. Sie gibt wichtige inhaltliche Impulse, auch durch wissenschaftliche Arbeiten. Die

spw ist ja weniger eine Zeitschrift, die direkt in aktuelle Politik in Köln oder anderen Städten eingreifen will. So versteht sie sich auch gar nicht. Für mich bietet sie sehr viel Gutes und sehr fundiertes Hintergrundwissen. Aber sie greift auch zu wichtigen Themen Kontroversen und Diskurse auf, zum Beispiel zur sozial-ökologischen Transformation. Dieses Wissen ist für den eigenen Kompass bei der eigenen Politikgestaltung sehr wichtig. Das werde ich dann versuchen, in die aktuelle Politik zu übersetzen. Und ich weiß ja auch, dass ich dort Mitstreiter und Mitstreiterinnen habe.

SoFoR: Du bist Ende der 1980er Jahre an den „53 Thesen für eine moderne sozialistische Politikkonzeption“ beteiligt gewesen. Der Leitgedanke dieser Arbeit war die soziale Formierung der zukünftigen Klassenlandschaft und das Mitwirken an der

Quelle: Tim Reckmann, Lizenz: CC-BY 2.0, ID aufccnull.de: 1088857, <https://ccnull.de/foto/aus-hartz-iv-wird-buergergeld/1088857>



Entstehung eines Bündnisses von Arbeit, Wissenschaft und Kultur. Sind diese Gedanken heute noch aktuell?

CW: Oh, die habe ich lange nicht mehr gelesen ... Ich glaube, wir sind jetzt in einer solchen Umbruchsituation in der Gesellschaft, dass es sich lohnen würde, sich diese 53 Thesen noch einmal vorzunehmen und sie auf die Jetztzeit umzuschreiben, zu aktualisieren.

Das wäre sicher ein gutes Unterfangen. Manche Koordinaten haben sich ja einfach verschoben. Beispielsweise haben wir im letzten Jahr unser Verständnis zum Thema Frieden und Sicherheit in vielen Punkten auf den Prüfstand stellen müssen. Und so ist das auch bei Fragen, die das Verhältnis von internationaler wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung

und Postkolonialismus angehen – beispielsweise. Oder bei manchen Dimension der Energiepolitik, wo man einfach die großen Aktualisierungen einarbeiten müsste in die 53 Thesen.

SoFoR: Vielen Dank für deine Zeit und viel Erfolg bei deiner neuen Aufgabe.

Das Gespräch führte für das SoFoR Hans Lawitzke. ◀

Sozialistische Politik und Wirtschaft

Info für das Rheinland
Nr. 1, April 1998



Editorial

Nun ist es also entschieden: Gerhard Schröder ist Kanzlerkandidat der SPD. Nach Ansicht vieler sind damit die Chancen der SPD, die Bundestagswahlen zu gewinnen, gestiegen. Nach unserer Ansicht, bedeutet dies jedoch nicht, daß nach dem notwendigen Regierungswechsel auch der noch notwendige Politikwechsel kommt.

Zwar hat es uns gefreut, daß Gerhard Schröder Produktionsmittel verstaatlicht hat, doch dürfte diese Entscheidung nicht in seiner sozialistischen Auffassung von Wirtschaftspolitik, sondern in seinem Populismus begründet liegen. Das gefährliche an diesem Populismus ist jedoch, daß er bei entsprechender Stimmung(-

wonnenen Bundestagswahl ihren Verstand nicht an der Garderobe abgeben, und sie braucht den Kontakt zu den außerparlamentarischen Bewegungen, zu den Gewerkschaften, zu KünstlerInnen und Intellektuellen. Nur von hier können die notwendigen Anstöße ausgehen, die eine rot-grüne Bundesregie-

ökologisch

rung zuerst an ihre Wahlversprechen erinnert und dann auf eine weitergehende Politik für soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie und einen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft verpflichtet.

Hier sehen wir unsere Aufgabe, hierzu wollen wir mit unseren Veranstaltungen und unserer Arbeit bei den JungsozialistInnen und in der SPD ebenso beitragen wie durch unser Engagement z.B. bei der Erfurter Erklärung.

Dies ist die erste Ausgabe des *spw-Infos für das Rheinland*. Es wird zukünftig einmal im Quartal erscheinen und über die Politik in der Region, Aktuelles aus dem *spw*-Zusammenhang und Termine informieren.

Anregungen und Kritik sind uns jederzeit willkommen. Schreibt an die Kontaktadresse oder sprecht uns an.

Der Vereinsvorstand

Juso Bundeskongress '98: Mit Macht umfairteilen!

Diesmal also im Niederrhein. Die ehemalige Zeche Zollverein in Essen war die (zugegeben schöne) Kulisse für den Bundeskongress der Jusos 1998, der dort vom 27. bis 29. März stattfand.

Das Agieren des Bezirkes Niederrhein jedoch war schon am Freitag abend alles andere als schön, als die maßgebliche inhaltliche Debatte dieses Kongresses stattfand. Vier Anträge zur Beschäftigungspolitik waren in einem dann 40seitigen Konsensantrag der Juso-Linken-Bezirke Mittelrhein, Hannover und Westliches Westfalen sowie Bayern zusammengefloßen.

Bei der auch in der Juso-Linken Mittelrhein umstrittenen Frage der staatlichen Subventionierung von Arbeitszeitverkürzung konnte sich eine Kompromißformel durchsetzen: In der Regel sollen aufgrund der Gewinnsituation der Unternehmen keine Subventionen gewährt werden, nur bei gefährdeten Branchen können befristet Subventionen gezahlt werden, um Arbeitszeitverkürzung zu ermöglichen. Dieser von unserem Bezirk formulierte Kompromiß fand breite Zustimmung

Fortsetzung auf Seite 3

NACH SIEBZIG AUSGABEN IST SCHLUSS ...

AUS DRUCK WIRD
KÜNFTIG ONLINE!

April 1998 erschien die erste Ausgabe des „*spw-Infos für das Rheinland*“. Zwischenzeitlich haben wir unsere Zeitschrift in „*SoFoR-Info*“ umbenannt. In mittlerweile 70 Ausgaben haben wir politische Themen kommentiert, hierüber informiert und Termine bekannt gemacht.

Im Mittelpunkt der ersten Ausgabe standen der Juso-Bundeskongress 1998, die dort geführte Debatte über die Arbeitszeitverkürzung und ein Auftritt von Oskar Lafontaine. Zudem haben wir zu einer Veranstaltung „*Energiepolitik auf Cuba*“ eingeladen.

Wir haben nun beschlossen, das *SoFoR-Info* künftig nur noch online zu verbreiten – in Gänze per pdf und die Einzeltexte auf unserer Website. Diese Ausgabe ist also die letzte Ausgabe, die gedruckt und postalisch versandt wird.

Nachdem zuletzt nur noch ein bis zwei Ausgaben im Jahr erschienen sind, wollen wir die Erscheinungshäufigkeit des *SoFoR-Infos* nun wieder erhöhen.

Zudem veröffentlichen wir auf unserer Website aktuelle Kommentare unserer Mitglieder. ◀

SEMINAR „SOZIALÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION“

KONFLIKTE, SUBJEKTE DER VERÄNDERUNG UND POLITISCHE STRATEGIEN DER LINKEN

Grundlage der gegenwärtigen Arbeit des Sozialistischen Forums Rheinland (SoFoR) bilden die „Thesen zur sozialökologischen Transformation“, die im Supplement zum Heft 6/20 der Zeitschrift Sozialismus publiziert wurden.

Auf unserem Seminar im Herbst 2022 in Volterra haben wir den roten Faden aufgenommen und uns befasst mit Erfordernissen des sozialökologischen Umbaus der Gesellschaft und Konflikten, die hierbei zu überwinden sind.

Zeitverlust durch Krieg

Der von Russland am 23. Februar 2022 begonnene Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine Zäsur und hat die multiplen Krisen bei Nord/Süd, Ernährung, Klimawandel etc. verschärft. Statt der gebotenen globalen Kooperation treibt er die Polarisierung der Welt voran und verschlingt Ressourcen, die an anderer Stelle dringend benötigt würden, z. B. zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Entwicklung einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft und zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung der Länder des globalen Südens.

Durch den krisenbedingten Rückgriff auf fossile Energiequellen werden Nachhaltigkeitsziele konterkariert, und durch die Fokussierung auf den Krieg wird Zeit verloren – die wir gar nicht haben. Der Krieg hat somit ein Problem verschärft, das durch die Blockaden von FDP und rückwärtsgerichteten Lobbys ohnehin besteht: Wird die ökologische Wende, insbesondere in den ökologisch defizitären Bereichen Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Bauen, in ausreichendem Umfang und mit gebotenerem Tempo vorangebracht oder nicht?

Immerhin bieten die aktuellen Entwicklungen auch Ansatzpunkte für linke Politik. Dass die Schwarze Null passé ist, liegt auf der Hand; dass umfangreiche staatliche Investitionsprogramme, die auch kreditfinanziert sind, aufgelegt werden müssen, versteht sich; der Bedarf nach einer neuen, staatlich voran getriebenen gesamtgesellschaftlichen Regulatorik ist sichtbar geworden.

Linke Alternativen

Welche Alternativen können in dieser Situation von links formuliert werden? Welche Bedeutung haben in einem linken Krisenbewältigungskonzept Überlegungen zu einer Politischen Ökonomie der Zukunftsgesellschaft? Welche Rolle spielen in dieser ganzen Auseinandersetzung Macht- und Eigentumsfragen, und wie sind diese in die aktuellen politischen Debatten einzubringen? Ist es nicht unabweisbar, den Protesten, dem Unbehagen, den Hoffnungen auf Besserung eine eindeutige Richtung zu geben, etwa Sozialismus als konkrete Utopie?

Dietmar Aigner (SoFoR) eröffnete das Seminar mit Thesen zur hier angerissenen aktuellen Lage sowie zu den widersprüchlichen Tendenzen und Fragestellungen, die uns künftig beschäftigen werden. Damit waren die Problemfelder abgesteckt, die wir ausgiebig zu diskutieren hatten.

Stand der sozialökologischen Transformation

Uwe Witt (Rosa Luxemburg-Stiftung, Berlin) widmete sich eingehend den Plänen und Beschlüssen der EU mit dem Green Deal und der Bundesregierung mit dem Klimaschutzplan 2050 zur ökologischen Wende. In beiden Fällen werden inzwischen sehr ambi-

tierte Zielsetzungen formuliert. Zusätzliche Finanzmittel werden mobilisiert und neue Instrumente zur Kontrolle des Prozesses festgelegt, aber trotzdem bleibt ein großer Raum für kritische Nachfragen und Alternativforderungen.

Wie soll die Realisierung der Pläne durch die EU-Kommission gewährleistet, wie die Zielvorgabe in den einzelstaatlichen Aktionsplänen umgesetzt werden? Reichen die Ressourcen aus, um aus Plänen Tatsachen zu machen? Wie soll konservativen mächtigen Interessengruppen entgegengetreten werden? Grundlegender stellt sich die Frage, inwieweit die bisherigen Pläne sich zu stark auf den bisherigen Wachstumspfad bewegen, zu sehr auf technische Lösungen fixiert sind und ob gesellschaftliche Mobilisierungen unterbewertet werden.

Breiten Raum nahm bei Uwe Witt die Auseinandersetzung mit

Supplement zu Heft 6/2020 der Zeitschrift Sozialismus, Quelle: https://www.sozialismus.de/uploads/media/Supplement_06-2020_SoFoR-Thesen_Netz.pdf

Sozialismus.de Supplement zu Heft 6/2020

VSA

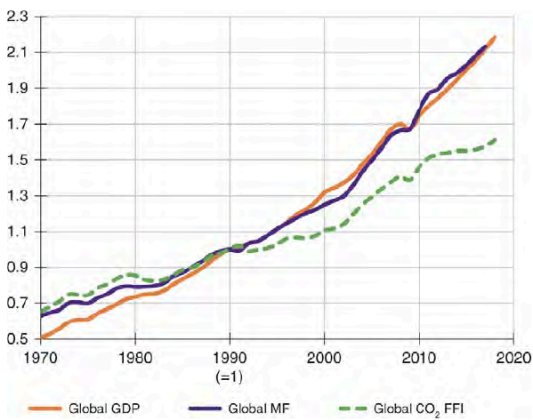
Hans Günter Bell/Astrid Kraus/Elisabeth Lange/
Hans Lawitzke/Steffen Lehdorff/
Alexander Recht/Paul Schäfer

Thesen zur sozialökologischen Transformation

und wie sie organisiert werden sollte

sozialistisches forum rheinland

Abbildung 2: Beziehung zwischen dem globalen materiellen Fußabdruck (Global MF), dem globalen Anstieg der CO₂-Emissionen infolge der Verbrennung fossiler Brennstoffe und von Industrieprozessen (Global CO₂ FFI) und dem globalen BIP (Global GDP)



Quelle: Wiedmann et al. 2020

Quelle: Uwe Witt: Klimapolitischer Rahmen für den Industriebau, S. 6, <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/kontext/controllers/document.php/1092.9/2/532628.pdf>

den Plänen der Bundesregierung zur Abwendung der Kriegs- und Krisenfolgen ein. Mit dem Gas- und Strompreisdeckel und der Notwendigkeit sozialer Abfederung haben wir uns ebenso befasst wie mit neuen Entwicklungspfaden, die eingeschlagen werden müssen, um die Klimaziele zu erreichen. Das Stichwort „grüner Wasserstoff“ mag genügen, um anzudeuten, dass dies ebenso Fragen der stofflichen Seite der Produktion umfasst wie solche nach den internationalen Produktionsverhältnissen. Unter dem Strich bleibt die sozialökologische Transformation ein zentrales Kampffeld mit ungewissem Ausgang.

»Welche Rolle haben in einem linken Krisenbewältigungskonzept Überlegungen zu einer Politischen Ökonomie der Zukunftsgesellschaft?«

Steffen Lehndorff (SoFoR) knüpfte an Uwe Witts Thesen an. Stefan hatte als Projektkoordinator im Rahmen der RLS an einer Studie mitgearbeitet, die die Bereiche Chemie, Energiesektor und Verkehr untersuchte und zum Ergebnis kam, dass die Transformation in vollem Gange ist: Sie ist bei Unternehmen, Gewerkschaften und Gemeinden angekommen. Dies hat viel mit öffentlichem Druck, etwa durch Fridays for Future, zu tun, der die Unabweisbarkeit dieser Veränderung vermittelt hat. Entscheidend aber sind die Orientierungsmarken, die von der Politik gesetzt wurden.

Fragen über Fragen

Etliche Fragen bleiben:

- In welchem Tempo vollziehen sich Transformationsprozesse?
- Wird die Transformation durch Versuche konterkariert, an alten Geschäftsmodellen zu verdienen, „so lange es geht“?
- Werden die sozialen Folgen dieses Prozesses hinreichend abgefedert bzw. kompensiert?
- Welche Widersprüche gibt es bei den Auswirkungen der Transformation auf Arbeitsplätze, Beschäftigungsvolumen und Qualifikationsstrukturen?
- Wie kann durch intensive Weiterbildungsprogramme den negativen Folgen entgegengewirkt werden?
- Wie kann ein Rebound-Effekte verhindert werden, wenn etwa günstigerer Ökostrom zu mehr Verbrauch führt?

Steffens Merksatz lautete: „Der Ausbau der Infrastruktur muss der Nachfrage vorausgehen.“ Und genau daran hapert es. Das nötige Tempo beim Ausbau des Ökostroms und der hierfür benötigten Infrastruktur bleibt weit hinter den Notwendigkeiten zurück.

Steffen lenkte den Blick auf praktische Vorschläge, um den Umstellungsprozess besser und wirkungsvoller gestalten und organisieren zu können. Wahrscheinlich am wichtigsten: die Einrichtung von Transformationsfonds auf regionaler Ebene, deren Umsetzung von Transformationsräten begleitet werden sollten, die u. a. umweltpolitische Initiativen und zivilgesellschaftliche Gruppen repräsentieren. Hier besteht allerdings noch erheblicher Präzisionsbedarf.

Im zweiten Abschnitt des Seminars haben wir Bereiche, die in den SoFoR-Thesen noch unterbeleuchtet waren, ausgeleuchtet.

Big Data

Markus Lauber (SoFoR) gab uns eine kompetente Einführung zu Big Data, künstlicher Intelligenz, Problemen der Regulierung des digitalen Fortschritts sowie zur Konkurrenz zwischen USA, China und EU. Angesprochen wurden:

- Fragen der Datensicherheit und des Persönlichkeitsschutzes, die auch mit jeweiligen Menschen- und Gesellschaftsbildern (wie wollen wir leben?) verknüpft sind;
- Gefahren und Chancen der Digitalisierung;
- Folgen für die Arbeitsplätze und die Qualifikationsstrukturen im Arbeitsprozess;
- Fragen nach dem Ressourcenverbrauch;
- last but not least Machtfragen.

Bauwende

Hans Günter Bell (SoFoR) nahm sich des Themas Bauwende an, das er unter Einbeziehung der aktuellen Planungen des Deutzer

Hafens illustrierte. Über die Bedeutung dieses Themas im Rahmen der Transformation herrscht in der Fachwelt von Architektur und Planung recht große Übereinstimmung. Auch in den aktuellen Debatten um den Wohnungsnotstand wird in Verbindung mit den explodierenden Boden- und Mietpreisen immer deutlicher, dass es nicht nur um „Bauen, Bauen, Bauen!“ geht, sondern auch darum, was, wie und wo gebaut wird.

Hans Günter Vortrag lieferte vor allem neue Erkenntnisse zum ökologischen Fußabdruck in der Bauwirtschaft. Der Gebäudebereich ist für ca. 40% der Treibhausgasemissionen und 50% des Abfallvolumens verantwortlich. Die bisher zu geringe Wahrnehmung dieses Problems in der Öffentlichkeit hat auch damit zu tun, dass es nicht einfach ist, den gesamten Lebenszyklus von Gebäuden von Herstellung, Errichtung, Nutzung und Entsorgung zu erfassen und abzuschätzen.

Schwerpunktmäßig beleuchtete Hans Günter die enormen Reduktionspotenziale im Bereich Bauen, die für die Gesamtbilanz der Transformation von großer Tragweite sind. Stichworte sind:

- *Verbesserte Energieeffizienz;*
- *Auswahl von Energieträgern;*
- *Potenziale der Kreislaufwirtschaft durch lange Nutzung von Rohstoffen und Produkten;*
- *besseres Abfallmanagement.*

Dabei spielen Fragen der Trennbarkeit der eingesetzten Materialien bei der Demontage und beim Recycling eine große Rolle. Betont wurde die Notwendigkeit des Bestandschutzes und der Bestandssanierung, die Vorrang vor dem Neubau genießen sollten: „Jedes Gebäude, das nicht abgerissen werden muss, dient dem Umweltschutz!“ Auch beim Thema Bauwende gibt es Zielkonflikte:

- *Wie können die Kosten des ökologischen Bauens in Grenzen gehalten werden, die ja das Wohnen immens*

verteuern und damit zu weiterer sozialer Benachteiligung führen?

- *Wie kann eine gute Mischung aus hochpreisigen Wohnungen, um den nötigen Return on Investment zu erreichen, und Sozialwohnungen aussehen?*

- *Welche Möglichkeiten des standardisierten Bauens zur Kosteneinsparung gibt es, die durch Kombination seriellen Bauens und spezieller Module zugleich die Vielfalt des Stadtbildes sichern?*

Gesellschaftliche Konflikte

Im dritten Teil widmeten wir uns gesellschaftlichen Konflikten, die mit dem Prozess der Transformation verbunden sind. Anhand soziologischer Texte wurde erörtert, mit welchen Milieus, Werthaltungen und Bewusstseinslagen wir es zu tun haben und wie für ökologische Politik unterschiedliche Gruppen anzusprechen und neue Allianzen zu bilden sind.

Dies wurde durch Erfahrungen und Erkenntnissen aus der gesellschaftlichen Praxis ergänzt. Dabei konnten wir auf Ausführungen von Julia Kaiser, Aktivistin bei Fridays for Future und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Klaus Dörre an der Uni Jena, zurückgreifen, die zu ihren Erfahrungen eines Brückenschlags zwischen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes (ver.di) und Aktiven bei Fridays for Future vortrug.

Julia berichtete zudem über den Besuch der Jenaer Gruppe in einem von der Belegschaft besetzten Betrieb in der Nähe von Florenz, der als Zulieferer in der Automobilbranche tätig war, bevor er verkauft und dicht gemacht werden sollte. Interessant waren Konversionsüberlegungen, die zusammen mit Wissenschaftler*innen der Universität in Genua entwickelt werden sollten.

Zum Schluss haben wir über linke Strategiebildung gesprochen: Wie soll sich eine zukunftsfähige Linke aufstellen? Hierzu re-

Umweltfußabdruck von Gebäuden

- Gebäudebereich ist bei Berücksichtigung aller Aspekte für etwa 40 % der **Treibhausgasemissionen** verantwortlich
- jährlich werden 517 Millionen Tonnen **mineralischer Rohstoffe** im Gebäudebereich verbaut = 90% der gesamten inländischen Entnahme
- 52% des **Abfallaufkommens** entfallen auf die Bau- und Abbruchabfälle des Gebäudebereichs

Dr. Günter Bell: Bauwende

Folie 6

Quelle: Hans Günter Bell: Bauwende. Ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft, Folie 6, <https://sf-rheinland.de/wp-content/uploads/2023/02/sofor-seminar-2022-bauwende-aktualisiert.pdf>

ferierte Bernhard Sander über die Linke (Nupes) in Frankreich.

Mögliche SoFoR-Themen in der Zukunft

- *Die Staatsfrage: Über welche Instrumente der Planung und Leitung verfügt der Staat? Wie können Übergänge zu neuen gesellschaftliche Regulations- und Gestaltungsmechanismen aussehen? Welche Rolle sollen Transformationsfonds und Nachhaltigkeitsbeiräte einnehmen? Wieviel Zentralisierung wird gebraucht, wie viel Dezentralisierung?*

- *Die Eigentumsfrage: Die Debatte darüber, was unter Vergesellschaftung, Vergemeinschaftung und Verstaatlichung zu verstehen ist, hat erst begonnen. Dabei geht es um unterschiedliche Eigentumsformen, Mischformen, Genossenschaften und einiges mehr. Dies führt zur Grundfrage: In welchem Verhältnis sehen wir zukünftig Staat, Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft?*

- *Die Wachstumsfrage: Neuere Publikationen von Ulrike Hermann, Andreas Malm usw. haben die Debatte über Wachstum, Postwachstum, Degrowth und Ressourceneffizienz befeuert. Dies wollen wir als SoFoR aufgreifen.*

Der Seminarbericht von Paul Schäfer (SoFoR) steht als Volltext auf der [SoFoR-Homepage](#). ◀

SoFoR-TÄTIGKEITSBERICHT 2022

Das Sozialistische Forum Rheinland (SoFoR) will ein Forum für kontroverse Debatten auf hohem intellektuellem Niveau sein – mit einer anregenden Spannweite differierender Positionen. Wir diskutieren mit dem Ziel der Verständigung und der gesellschaftlichen Intervention, wenn auch mit bescheidenen Mitteln.

Früher gab es einen Grundkonsens, was Imperialismus-Definition und Aufrüstung/Pazifismus angeht. Das ist spätestens seit 9/11 nicht mehr gegeben. Zuletzt wurden Differenzen immer deutlicher sichtbar (China, Klima/Umwelt, Technologieglaube, Identitätspolitik), bis die Kontroverse zuletzt am Ukraine-Krieg eskaliert ist.

Die Forderung nach Waffenlieferungen an die Ukraine, das 100 Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr und der Begriff der „Zeitenwende“ wurden und werden durch Mitglieder im SoFoR unterschiedlich bewertet. Nach kontroverser Diskussion haben wir uns dann letztlich entschieden, den Appell „Demokratie und Sozialstaat bewahren. Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“ zu unterschreiben.

Danach haben wir uns die Frage nach dem Fortbestand unse-

res Vereins gestellt. Wir haben uns entschlossen, uns eine ‚Probezeit‘ zu geben und dann zu beraten, ob wir das SoFoR erhalten können. Trotz dieser Kontroversen ist die Zahl unserer Mitglieder stabil. Anfang 2023 hat unser Verein 91 Mitglieder. Und wir haben über eine Reihe von Aktivitäten zu berichten.

SoFoR-Seminar „Transformationskonflikte“

Die herausragende SoFoR-Aktivität war unser Seminar zu Transformationskonflikten in der Villa Palagione in Volterra, siehe S. 4 ff.

Weitere Veranstaltungen

Auf Theoriekreise haben wir auch in diesem Jahr verzichtet, aber zwei andere Veranstaltungen konnten wir durchführen:

- *Sieben-Seen-Wanderung durch den Naturpark Kottenforst-Ville (im August);*
- *Vortrag von Manfred Krenn: Die Haare des Kaiman. Kuba: Nahnahmen einer desillusionierten Gesellschaft (im November).*

Kooperationen

Auch in 2022 haben wir bewährte Kooperationen fortgesetzt:

- *Auf der mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) und dem Friedensbildungswerk Köln organisierten Veranstaltung „Rise up Singin‘ – Mut zum Aufbruch“ warfen die Band Cuppatea und Steffen Lehdorff einen Blick zurück auf den New Deal der 1930er Jahre in den USA (im April).*
- *Gemeinsam mit dem Rosa-Luxemburg-Gesprächskreis Sülz-Klettenberg haben wir zu einer Führung durch die Ausstellung „40 Jahre Agentur Laif. 40 Positionen dokumentarischer und journalistischer Fotografie von 1981 bis 2021“ im Museum für angewandte Kunst eingeladen (im Juli).*
- *Gemeinsam mit der RLS und dem Bündnis Verkehrswende Köln haben wir über „Verkehrswende –*

sozial und ökologisch! Was heißt das für Mobilität und für die Jobs?“ diskutiert (im September).

Intensiviert haben wir den Austausch mit der spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft.

Unterstützung politischer Initiativen

Wir sind Mitglied im Netzwerk Cuba.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auch in diesem Jahr auf sein Familienfest am 1. Mai auf dem Kölner Heumarkt verzichtet. Daher konnten wir unseren Infostand nicht durchführen. Aber an Demo und Kundgebung haben wir natürlich teilgenommen.

Wie bereits erwähnt haben wir den Appell „Demokratie und Sozialstaat bewahren. Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“ unterstützt; ebenso den Appell „Die Waffen müssen schweigen!“. Zudem haben wir den Verein connection und seine Arbeit für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure finanziell unterstützt.

Weitere Veröffentlichungen

Im Jahr 2022 sind zwei Ausgaben des SoFoR-Infos erschienen.

Weitere Standbeine unserer Öffentlichkeitsarbeit sind unsere Website <http://sf-rheinland.de/> und unsere [Facebook-Seite](#). ◀

Die Teilnehmenden des SoFoR-Seminars vor der Villa Palagione



 **sozialistisches
forum rheinland**

Impressum

Herausgeber und Kontakt: Verein zur Förderung der politischen Kultur, Postfach 210606, 50531 Köln.

E-Mail: info@sf-rheinland.de.

Redaktion: Hans Günter Bell, Hans Lawitzke, Alexander Recht, Paul Schäfer.

Layout: Alexander Recht.